

Beschluss Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren (Haushalt und Verwaltung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

947 Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren

948 Ähnlich wie viele andere Städte in berlinferneren Gebieten des Landes befindet
949 sich Frankfurt (Oder) in einer finanziell schwierigen Situation.
950 Unternehmensschließungen, aber auch der jahrelange Rückgang der Bevölkerung und
951 die Alterung der Gesellschaft führten zu Einnahmeausfällen, während die Ausgaben
952 im Sozialbereich kontinuierlich stiegen und weiter steigen werden. Zudem sind
953 nicht alle Verwaltungsaufgaben ausfinanziert, die uns das Land übertragen hat.
954 Als Oberzentrum in Ostbrandenburg übernehmen wir außerdem viele Aufgaben für die
955 umliegenden Kommunen mit: Kultur, ÖPNV, Schulen und Kitas werden nicht nur von
956 Frankfurter*innen genutzt, sondern zu einem nicht unwesentlichen Anteil auch von
957 Menschen aus dem Umland. Das ist gut und richtig, führt aber auch dazu, dass wir
958 die finanziellen Lasten stärker tragen. All diese Rahmenbedingungen haben dazu
959 geführt, dass Frankfurt eine hochverschuldete Stadt ist. Wenngleich es 2018
960 erstmals gelungen ist, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, müssen wir nun bis
961 2030 Altschulden abbauen. Die Unterstützung des Landes durch die
962 Teilentschuldung ist dabei sehr hilfreich, gleichzeitig aber auch eine große
963 Herausforderung, weil wir hohe Eigenanteile erbringen müssen.

964 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unverantwortlich, dass zukünftige
965 Generationen unsere Rechnungen begleichen sollen. Deshalb werden wir konstruktiv
966 daran mitwirken, die Verschuldung abzubauen und einen langfristig ausgeglichenen
967 Haushalt zu erreichen. Natürlich gehört hierzu, unser Haushaltssicherungskonzept
968 umzusetzen und kritisch zu begleiten, aber auch bei Bund und Land eine faire
969 sowie aufgaben- und bedarfsgerechte Aufteilung des Steueraufkommens
970 einzufordern.

971 Die Decke ist immer irgendwo zu kurz! Wir wollen die Bürger*innen bei der
972 Verteilung unserer knappen Mittel beteiligen. Dazu begrüßen wir es, dass 2019
973 erstmalig ein Bürger*innenbudget umgesetzt wird. Dies haben wir seit vielen
974 Jahren gefordert, unter der neuen Verwaltungsspitze wird es nun endlich
975 umgesetzt. Wir werden die Einführung konstruktiv begleiten.
976 Bürger*innen sollen den Haushalt so besser verstehen, eigene Vorschläge
977 einbringen und Prioritäten setzen, aber auch Einsparpotenziale aufzeigen und
978 über Vorschläge abstimmen können. Dadurch werden Entscheidungen sowohl
979 qualifiziert als auch eher akzeptiert. Auf Landesebene setzen wir uns für eine
980 Schuldenbremse mit Augenmaß ein. Notwendige Investitionen und Instandhaltungen,
981 insbesondere in der Infrastruktur und in der Bildung, dürfen nicht einem blinden
982 Spardiktat zum Opfer fallen, wenn deren Unterlassen zu noch schlimmeren
983 Zuständen führen würde. Unsere Grundaufgaben in der Daseinsfürsorge müssen wir
984 stets erbringen können.

985 Etwa zehn Jahre nach Einführung der doppelten Buchführung in der Stadtverwaltung
986 fehlen noch fast alle Jahresabschlüsse. Dieser Rückstand muss schnell bereinigt
987 werden. Erst dann lässt sich mit Soll-Ist-Vergleichen arbeiten und die Steuerung
988 der Verwaltungstätigkeiten über Kennzahlen und strategische Ziele wird möglich.

989 Wir müssen allerdings auch unseren Beitrag leisten und die Verwaltungsabläufe
990 modernisieren. Bei allen Aufgaben muss geprüft werden, ob sie im bisherigen
991 Umfang oder überhaupt von der Stadt geleistet werden müssen. Die Sanierung des
992 Rathauses bietet auch eine gute Gelegenheit, Verwaltungsprozesse zu verschlanken
993 und zu digitalisieren. Die Stadtverwaltung muss ihre Dienstleistungen für die
994 Bürger*innen effektiv und kostengünstig erbringen.

995 In der landesweiten Diskussion über bessere Verwaltungsstrukturen setzen wir auf
996 die Stärkung Frankfurts als Oberzentrum. Eine solche Stärkung muss sich auch bei
997 der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zeigen. Wir wollen, dass
998 jede Maßnahme von den Bürger*innen her gedacht und umgesetzt wird, um dadurch
999 sicherstellen, dass gute kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und
1000 bürger*innennah angeboten werden. Zur Stärkung der Effektivität des
1001 Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen wollen wir eine
1002 engere Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden bei
1003 der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen
1004 Handlungsfeldern erreichen.

1005 Außerdem muss die Arbeit der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen
1006 ökonomischer werden. Zusammenarbeit oder die Integration einzelner Einheiten,
1007 z.B. in der Verwaltung, sind in Betracht zu ziehen, wenn sich dadurch Aufgaben
1008 bei gleicher oder höherer Qualität kostengünstiger erledigen lassen. Ein
1009 Beispiel dafür ist die von uns mit angestoßene Kulturstrukturuntersuchung, mit
1010 der erreicht werden soll, dass wir knappes städtisches Geld nicht für
1011 Doppelstrukturen im Kulturbereich ausgeben, sondern es für das Kulturangebot
1012 nutzen können. Den Verkauf von kommunalen Unternehmen, um kurzfristig
1013 Finanzlöcher zu stopfen, lehnen wir jedoch ab. Insbesondere die gemeinnützige
1014 Pflege gGmbH wollen wir als Teil der städtischen Daseinsvorsorge erhalten.
1015 Privatisierungen müssen am Ende immer die Bürger*innen mit höheren Preisen teuer
1016 bezahlen. Wir wollen prüfen, ob es nicht sinnvoll und kostengünstiger ist, fremd
1017 vergebene Aufgaben wieder in die Stadtverwaltung zurückzuholen (z.B.
1018 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung oder Winterdienst).

1019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Oberbürgermeister als
1020 oberster Verwaltungschef und als Gesellschaftervertreter der kommunalen
1021 Unternehmen darauf drängen muss, dass bei der Auftragsvergabe und Anschaffung,
1022 z.B. von Softwaresystemen und beim Fuhrpark oder bei allgemeinen
1023 Verwaltungsaufgaben, Synergieeffekte erzielt werden. Nicht jedes kommunale
1024 Unternehmen muss das Rad für sich neu erfinden.

1025 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Sach- und Dienstleistungen für
1026 die Stadt kostengünstig eingekauft werden, dabei aber auch sozial-ethische und
1027 ökologische Vergabekriterien zu berücksichtigen sind. Im öffentlichen
1028 Beschaffungswesen darf nicht auf Kosten der Umwelt oder zu Lasten von Menschen
1029 gespart werden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.
1030 Insbesondere der Kauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit ist
1031 unbedingt zu vermeiden. Möglichst umweltfreundlich hergestellte Produkte aus dem
1032 zertifizierten fairen Handel und aus der Region sollen bevorzugt werden, das
1033 betrifft zum Beispiel Speisen, Getränken und Blumen. Frankfurt (Oder) soll sich
1034 - möglichst gemeinsam mit Slubice - darum bewerben, "Fairtrade Town" zu werden
1035 und sich im Beschaffungswesen an der Zielrichtung der kürzlich von der
1036 Bundesregierung überarbeiteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren,
1037 die an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ausgerichtet ist.